

Chruschtschow sagte ab

Keine Skandinavien-Reise — Kreml-Noten sprechen von „feindseliger Haltung“

Stockholm (upi/dpa). Der sowjetische Ministerpräsident Chruschtschow hat überraschend seine für die Zeit vom 10. bis 31. August geplante Skandinavienreise abgesagt. In Noten an Dänemark, Schweden und Norwegen wird die Absage damit begründet, daß ein großer Teil der Politiker und der Presse eine „sowjetfeindliche Haltung“ eingenommen hätten. Ein Besuch des sowjetischen Regierungschefs sei daher zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht ratsam. Die Absage Chruschtschows hat im Westen eine Reihe von Spekulationen ausgelöst, die um die Person des sowjetischen Ministerpräsidenten kreisen.

In der Note an Finnland, das Chruschtschow ebenfalls besuchen wollte, ist der Vorwurf der „feindseligen Propaganda“ nicht enthalten. Hier heißt es lediglich, daß Chruschtschow infolge seines Verzichts, die skandinavischen Länder zu besuchen, auch nicht nach Finnland kommen werde.

„Agrarier Buhl“

In der Note an die norwegische Regierung beispielsweise werden als „feindselige Elemente“ die Schiffsahrts- und Handelszeitung „Verdens Gang“ und die Osloer Zeitung „Morgenbladet“ erwähnt. In der Note an die dänische Regierung werden neben Konservativen und Agrariern auch „faschistische Elemente“, „Emigrantengruppen“ sowie die sozialdemokratische Presse erwähnt. Als einem Besuch Chruschtschows feindlich gesinnt werden auch der frühere Außenminister Kraft und der „Agrarier Buhl“ genannt. Die Nennung des Namens Buhl erzeugte in Kopenhagen Kopfschütteln. Wahrscheinlich meinten die Autoren der Note den ersten Nachkriegsministerpräsidenten Dänemarks, den Sozialdemokraten Buhl, der allerdings schon 1954 gestorben ist.

In den vier skandinavischen Hauptstädten wurde die Absage Chruschtschows offiziell bedauert, doch war die Reaktion auf die sowjetischen Vorwürfe unterschiedlich. In Kopenhagen

und Stockholm wiesen die Ministerpräsidenten Hansen und Erlander darauf hin, daß es den Regierungen nicht möglich sei, der Presse oder der Öffentlichkeit die Äußerung ihrer Meinung zu verbieten. Der norwegische Ministerpräsident Gerhardsen dagegen warf einem Teil der Opposition und ihrer Presse vor, in einer Weise gehandelt zu haben, welche die Beziehungen zur Sowjetunion ungünstig zu beeinflussen geneigt sei.

Besorgnis in Genf

In Genf hat die Nachricht von dem Verzicht Chruschtschows bei den westlichen Diplomaten Besorgnis ausgelöst. Kenner der sowjetischen Verhältnisse erklärten übereinstimmend, nur

äußerst wichtige Gründe könnten Chruschtschow veranlaßt haben, eine Reise abzusagen, mit der er für die Sowjetunion bedeutsame Ziele zu verfolgen gedachte. Es müsse mit weiteren überraschenden Schritten Chruschtschows gerechnet werden, zumal er seine Entscheidung in einem besonders kritischen Zeitpunkt getroffen habe.

Westliche Beobachter und politische Kreise in den skandinavischen Ländern halten die offizielle Begründung nur für einen der „möglichen Gründe“ für die Absage. Ebenso könnte man vermuten, daß sich Chruschtschow seinen Terminkalender angesichts der von ihm erhofften Gipfelkonferenz im Herbst frei halten wolle. Andere Vermutungen gehen dahin, daß Chruschtschow gesundheitlich nicht dazu imstande sei, so kurz nach seiner Rundreise durch Polen eine lange Fahrt durch Skandinavien zu unternehmen. In Polen war aufgefallen, daß der sowjetische Ministerpräsident abgepannt wirkte und mehrere Punkte aus dem Besuchsprogramm streichen ließ.

Eisenhower pessimistisch

Wenig Hoffnung auf Gipfeltreffen nach Herters Bericht

Washington (dpa). Die Berichte, die der amerikanische Außenminister Herter über die Entwicklung der Genfer Verhandlungen an Eisenhower geschickt hat, haben bei dem amerikanischen Präsidenten starken Pessimismus hervorgerufen. Nach zuverlässigen Informationen aus Washington sind nach Eisenhowers Meinung die Aussichten auf eine Gipfelkonferenz in den letzten zehn Tagen immer geringer geworden.

Nach den Berichten gibt es keine Anhaltspunkte für die Vermutung, daß die Unnachgiebigkeit der Sowjets den Widerstand Eisenhowers gegen eine Gipfelkonferenz ohne vorherige Fortschritte in den Berlin-Verhandlungen der Außenminister geschwächt hat. Angesichts der Situation in Genf beginnt Eisenhower jedoch offenbar daran zu zweifeln, daß Chruschtschow überhaupt auf eine Konferenz der Regierungschefs Wert legt.

Offensiv verhandeln

K. W. B. In der letzten Genfer Sitzung hat der deutsche Delegationschef, Professor Grewe, dem sowjetischen Außenminister eine harte Frage gestellt: Ob Moskau den „Gesamtdeutschen Ausschuß“, den es als Preis für ein Berliner Stillhalteabkommen einhandeln will, dazu benutzen wolle, die Bolschewisierung ganz Deutschlands vorzubereiten, die Chruschtschow seinem amerikanischen Besucher Harriman gegenüber als seine Perspektive für eine Wiedervereinigung angedeutet hatte? Die Beobachter der Genfer Szene und wichtige Vertreter unserer Alliierten im Konferenzsaal hielten diese Rede des deutschen Delegationschefs für den bisher wirkungs- und zweckvollsten Offensiv-Akt in der sonst bisher so zerfahrenen zweiten Konferenz-Phase. Daß Gromyko einstweilen die Antwort schuldig blieb, war klar. Aber das Gaukelspiel mit der Einsetzung eines „Gesamtdeutschen Ausschusses“, der einigen leichtgläubigen, unerfahrenen und kampfesmäden westlichen Unterhändlern wohl schon als ein schließlich akzeptierbares Übel erschien, ist mit Grewes kräftiger Kennzeichnung ausgepielt. In welcher Form auch immer Gromyko den Eselswagen von der „gesamtdeutschen Verständigung zwischen den beiden Staaten“ weiterhin ins Rennen führen wird, — er wird sich sagen lassen müssen, was durch Grewe zum Protokoll der Konferenz gehört: Der Westen wird seine Hand zu keinem Gremium geben, das, wie immer es heißen möge klar auf ein schließlich kommunistisches Deutschland tendiert.

*

Dieses Stück deutscher Konferenz-Offensive hat Tadler gefunden. Ein prominenter sozialdemokratischer Journalist hat in einer Fernseh-Diskussion gerade das, was offensichtlich Gromyko eine erste Ratlosigkeit und Verlegenheit bereitet hat, als in der Sache zu hart und nicht zum Konferenz-Thema gehörig, verurteilt. Dies

ist eine sehr bemerkenswerte Kritik, die dadurch noch ärgerlicher wird, daß sie von großen Teilen der sozialdemokratischen Opposition allgemein geteilt wird. Das alte Thema, wie man mit den Sowjets zu sprechen habe, ist durch die Genfer Szene zu brennender Aktualität geworden. Daß ausgerechnet bei sozialistischen Kritikern in Deutschland Unbehagen aufkommt, wenn man im Verhandlungssaal die diplomatische Sprache der Sowjets in die Sprache ihrer Machtpolitik übersetzt, muß verwundern. Die Sozialisten sollten doch aus sehr intimer Beobachtung, Abgrenzung und Gegnerschaft am besten wissen, daß es zweierlei Ding ist, die Sowjets reden zu hören und handeln zu sehen. Sie nehmen ja gerade ihren mehr oder minder schmerzvoll vollzogenen Abschied von der gemeinsamen marxistischen Herkunft aus der Einsicht, daß die kommunistische Praxis sowohl ideologisch wie machtpolitisch immer die Umkehr der verkündeten Ziele und Wahrheiten gebracht hat. Verhandeln aber sollte man mit den Sowjets, wie dies viele Sozialdemokraten in unvorstellbarer Ignoranz gegenüber allen eigenen politischen Erfahrungen nun meinen, als habe man es bei den Sowjets mit Politikern zu tun, die mit allen Wassern der Demokratie gewaschen sind? Mag sein, daß die zufällige politische Konstellation in den westlichen Ländern es so mit sich gebracht hat, daß diejenigen, die dazu übergehen, in dem sowjetischen Verhandlungspartner den Mann mit der doppelten Meinung und dem zweifachen Ziel zu erkennen und entsprechend zu behandeln, jetzt fast ausnahmslos nicht-sozialistische Politiker sind. Es sind Politiker, die aus der langjährigen Beobachtung gelernt haben, einzusehen, daß die Unterhändler aus Moskau Beauftragte in beidem sind, in Ideologie und in Macht.

*

Die Frage ergibt sich natürlich, ob es ausgerechnet die Sache der Deutschen sein kann, die Sowjets am Verhandlungstisch in jedem denkbaren Punkt auf das Hintergründige ihres kommunistisch-sowjetischen Verfahrens festzunageln

und damit jeden Verhandlungspunkt aus dem Zwielficht zu lösen. Nun, warum nicht die Deutschen? Sie sind einmal die, um die gestritten wird. Sie sind aber noch mehr die, die mit Leid und Erfahrung am reichhaltigsten gesegnet sind. Man braucht nicht so weit zu gehen, wie der Amerikaner William Schlam, der in seiner temperamentvollen politischen Zukunfts-Analyse („Die Grenzen des Wunders“) die Deutschen auffordert, gegenüber den Sowjets die offensive Führung zu übernehmen. Schlam will mehr als politische und diplomatische Offensive. Er will mit einer massiven amerikanischen-deutschen Allianz die Sowjets unter einen Druck der Macht und auch der Waffen setzen. Das ist ein kühnes und sehr weit gespanntes Konzept. Die Offensive, an der sich die Deutschen, und dies schon auf dem Genfer Parkett, beteiligen könnten, braucht aber jene bis zur letzten Konsequenz durchdachte Perspektive Schlamms nicht ins Auge zu fassen. Vorerst müssen sie den Weg weiterverfolgen, der jetzt in Genf begonnen worden ist. Den Sowjets muß in jeder Stunde gesagt werden, daß man in jedem von ihnen auch den zweiten Mann, den bolschewistischen Beelzebub, sieht — und daß deshalb Abkommen mit ihnen nur zu treffen sind, die einwandfrei die Doppelbödigkeit und die Möglichkeit zu daraus sich entwickelnden kommunistischen Machtergreifungen ausschließen. Eine solche Festnagelung im Verhandlungssaal, die von einer zeitnahen und erfahrungsgesättigten Kenntnis der kommunistischen Praxis getragen sein muß, könnte dazu führen, daß nicht nur die wenigen und schmalen Vereinbarungen von morgen ein Erfolg der westlichen Sache werden, sondern daß eine Reihe von Abmachungen von vorgestern und gestern aktenkundig als exemplarischer Mißbrauch der sowjetischen Vertragspraxis erkennbar und damit revisionsreif werden.

*

Alle Konferenzen mit den Sowjets in der Nachkriegszeit sind höchst unbefriedigend zu Ende gegangen. Ihre Ergeb-

Fortsetzung auf Seite 3

Die „SED-Perlen“ um Berlin

Aufzeichnungen über Stimmungen und Ereignisse in Mittelddeutschland

B. Berlin (Eigenbericht).

Der Beginn der zweiten Phase der Genfer Konferenz wird von der gleichen Propaganda der SED begleitet, die bereits zu Beginn der Außenministerkonferenz so lästig und störend wirkte. Die Bevölkerung wurde erneut angehalten, Briefe und Proteste nach Genf zu schicken.

POTSDAM

Mieter schreiben nach Genf: „Das Stadtviertel, in das wir ziehen, wurde am 14. April 1945 durch amerikanische Bomben innerhalb weniger Minuten in Schutt und Asche gelegt, Frauen und Kinder starben noch in letzter Minute einen furchtbaren Tod. Wir wenden

Offensiv verhandeln

Fortsetzung von Seite 2

nisse haben uns keine Sicherung unserer Freiheit gebracht. Wohl aber ist währenddessen eine Reihe von Ländern im Ozean der Unfreiheit versunken. Aus dem Überdruß an dieser Art von Konferenzen klammert man sich heute an die Bedingung, diese jetzt laufende müßte ein Ergebnis haben. Das ist eine simple, aber begreifliche Erwartung. Ein Ergebnis ist aber keins, das — für welches Teilgebiet auch immer — ein neues Stück der westlichen Freiheit bedrohen müßte. Ein Ergebnis wäre erst greifbar, wenn eine Konferenz mit den Sowjets damit abschliesse, daß nicht nur ein neuer Angriff auf die Freiheit abgeschlossen, sondern die Anschläge auf verlorene Freiheiten offenkundig gemacht würden und also den Sowjets auf dem Konferenzwege ein Paroli geboten werden könnte. Für die Genfer Konferenz liegen hier noch Möglichkeiten — dann nämlich, wenn die offensive Linie ohne Rücksicht auf die Notwendigkeit, unter allen Umständen ein Ergebnis zu erzielen, Maß und Geist der westlichen Verhandlungsführung bestimmte,

uns an Sie, weil Sie als Vertreter der Mächte, die in der Anti-Hitlerkoalition gegen den deutschen Imperialismus und Militarismus kämpfen, eine große Verantwortung für den Frieden in Europa und in der Welt haben. Wir fordern von Ihnen, daß Sie konkrete Schritte zum Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland unter Teilnahme beider deutscher Staaten zur Beendigung des unhaltbar gewordenen Zustandes in Westberlin unternehmen. Die Hausgemeinschaft Große Fischerstraße 1 und 2.“

Hausfrauennachmittag im Café „Centra“: Die Hausfrauen kritisierten in einer Aussprache das braune Packpapier, in das oft Fleisch eingepackt wird, die Butterblöcke, die nur in Pergamentpapier eingewickelt auf Lastwagen transportiert werden, den Kaffee, der alt an die Verbraucher kommt, die Mangelwaren wie z. B. Nägel und Gummiringe.

Wettbewerb „Das schöne Dorf“: Die SED-Zeitung „Märkische Volksstimme“ veranstaltet einen Wettbewerb an Verpflichtungen. Die Dörfer müssen Angaben einsenden über die Erfüllung des Wirtschaftsplanes, über die Gewinnung von Einzelbauern für die LPG, über den Bau zusätzlichen Straßraums, über Zwischenfruchtanbau und geleistete Arbeitsstunden im Aufbauwerk. Das Ziel der SED ist: Jedes Dorf eine Perle um Berlin.

HALLE

Faule Eier und Störtorpedos: Die SED-Zeitung „Freiheit“ in Halle schreibt: „Während Grewe und Brentano im Reisegepäck nichts weiter als faule Eier und neue Störtorpedos mitbringen, wird die Regierungsdelegation der DDR neue Beweisstücke für die Friedensbestrebungen und das wachsende Ansehen der DDR auf den Tisch der Genfer Außenministerkonferenz legen können, nicht zuletzt jene tausende Verpflichtungen der Arbeiter aus Halle.“

Kurzversammlungen der MTS für Manolis Glezos: Im MTS Reparaturwerk fanden 14 Kurzversammlungen statt, an denen 400 Kolleginnen und Kollegen teilnahmen, die 12 Postkarten mit 333 Unterschriften und einen Luftpostbrief mit 115 Unterschriften direkt an die Regierung Griechenlands schickten und die sofortige Freilassung des griechischen Patrioten Manolis Glezos forderten. 150 000 Hallenser mußten zum Obermarkt marschieren und Freiheit für den griechischen „Friedenskämpfer“ verlangen. Er wird von der SED als der „Held der Akropolis“ bezeichnet.

DRESDEN

Den Druck vervielfachen. Noch stärker als bisher sollen die Arbeiter und Angestellten des Bezirks Dresden die „DDR-Delegation“ unterstützen. Es werden Solidaritätserklärungen gefordert. Durch weitere ökonomische Leistungen soll eine klare Antwort an die Westmächte gegeben werden. Der Druck müsse vervielfacht werden, damit die „DDR“ anerkannt würde.

„Dr. Bolz hat unser Mandat.“ SED-Funktionäre und von ihnen Beauftragte schreiben in der „Sächsischen Zeitung“: „Dr. Bolz trägt im Koffer die unzähligen Verpflichtungen von Arbeitern unserer Stadt.“ Eine Arbeiterin aus dem Sachsenwerk Niedersieditz wird als Verfasserin der folgenden Zeilen genannt: „1951 konnte ich mit meinem Jungen in eine schöne Drei-Zimmer-Wohnung umziehen, die ich von meinem Betrieb bekam. 19,36 DM Miete zahle ich dafür im Monat. Ich habe sie völlig neu eingerichtet. Zeigen Sie mir eine westdeutsche Arbeiterin, die sich so etwas leisten kann. Aber wenn man sich überlegt, daß es doch gerade dort, wo Sie die Politik bestimmen, Herr Brentano, Menschen gibt, die für den Krieg eintreten, frage ich Sie: Und was tun Sie, damit wir endlich einen Friedensvertrag bekommen?“

Auf kurzen Beinen

Chruschtschow feiert den Pakt zwischen Hitler und Stalin

DT. Nun ist Nikita Chruschtschow reisend und redend in Polen. Er hat dieses Land oft überflogen und durchfahren, bevor er es jetzt besuchte. Vielleicht, weil es so viele schreckliche und tief-feindliche Erinnerungen zwischen Polen und Rußland gibt. Aber Chruschtschow hält sich offenbar für den geeigneten Mann, um weniger taktvoll als kühn auch Wunden berühren zu können, die für Polen kaum vernarbt sind. Hat Stalin 1939 durch seinen Pakt mit Hitler dessen vernichtenden Angriff auf Polen nicht geradezu herausgefordert? Das fragen sich die Polen noch heute.

Chruschtschow antwortet ihnen jetzt in einer Rede in Ostoberschlesien: Stalin hatte recht. Denn damals wollten Großbritannien und Frankreich Hitler zu einem Krieg gegen die Sowjetunion ermuntern und die Sowjetunion mußte Zeit gewinnen, weil sie wußte, daß Hitler auch sie angreifen würde. Zwar war das Ergebnis dieses Stalinschen Entschlusses der zweite Weltkrieg, und auch Chruschtschow findet diesen Preis zu hoch, jedoch fügt er triumphierend hinzu: 900 Millionen wurden dadurch vom Kapitalismus befreit.

Was der mächtigste Mann im Kreml hier der Welt und den Polen vorsetzt, ist eine von der sowjetischen Geschichtsschrei-

bung seit langem vorbereitete Fälschung. Aber längst ist aus den deutschen Akten bewiesen, daß Stalin vor 20 Jahren die englisch-französischen Unterhändler wochenlang in Moskau hinhielt, bis er von Hitler leider bekam, was ihm der Westen verweigerte: die baltischen Staaten und die Ostgebiete Polens. Und das ohne Schwertstreich. Ohne Stalins geheimes Einverständnis mit Hitler hätte es vielleicht einen zweiten Weltkrieg, aber kaum die vierte Teilung Polens gegeben. Chruschtschow muß die Polen für sehr vergeßlich halten, wenn sie sich heute nicht mehr daran erinnern sollten, daß in Katyn die Blüte des polnischen Offizierskorps ermordet wurde, daß Hunderttausende polnischer Familien den Weg nach Sibirien antreten mußten und daß die sowjetische Armee auf dem rechten Weichselufer zusah, bis der verzweifelte polnische Aufstand in Warschau 1944 von Hitlers SS blutig erstickt und Polens Hauptstadt zerstört war. Und die sowjetischen „Befreier“ steckten nach dem Siege ihre ostpolnische Beute an Land und Leuten für immer ein.

Gerade weil wir Deutschen bereit sind, unseren Teil an der Schuld am tragischen Geschick des polnischen Volkes zu übernehmen, möchten wir Chruschtschow daran erinnern, daß Lügen auch in der Geschichte kurze Beine haben.

Gefängnis für Kommunisten

Bundesgerichtshof verurteilte sechs ehemalige KPD-Mitglieder

Karlsruhe (dpa). Sechs ehemalige Angehörige der verbotenen Kommunistischen Partei wurden vom Dritten Strafsenat des Bundesgerichtshofes zu Gefängnisstrafen zwischen sechs und 30 Monaten verurteilt. Die Angeklagten, der Autoschlosser Peter Rehm aus Offenbach, der Schreiner Sebastian Steer aus München, Heinrich Bell aus Mayen (Eifel), der Maler Ernst Grube aus München, der Werkmeister Ludwig Heigl und der Automechaniker Josef Aumüller, beide aus München, wur-

den für schuldig befunden, sich auch nach dem Verbot der KPD aktiv für die Partei betätigt zu haben. Bei Heigl und Aumüller wurde die Strafe zur Bewährung ausgesetzt.

Die Angeklagten hatten sich vom Frühjahr 1957 bis September 1958 weiter für die verbotene KPD betätigt, indem sie Millionen von Druckschriften und etwa 65 000 Briefe und illegale Druckschriften für die KPD versandten. Zwei von ihnen haben außerdem versucht, in München Raketen mit Flug-

Orchester-Chef geflüchtet

Kurt Henkels jetzt im Westen

Berlin (iwe). Der Chef des bekanntesten Tanzorchesters der Sowjetzone, Kurt Henkels (Leipzig), ist in die Bundesrepublik geflüchtet. Henkels hatte nach der Rückkehr von einem Gastspiel in der Tschechoslowakei und in Ungarn im Frühjahr dieses Jahres einen „strengen Verweis“ erhalten, weil er „westlich infiltrierte Stücke“ gespielt habe. Mit dem Verweis war ein Auslandsreiseverbot auf unbestimmte Zeit verbunden.

blättern und Fahnen der KPD zur Detonation zu bringen. Das Gericht sah darin Zuwiderhandlung gegen das Verbot der KPD in Tateinheit mit Rädelersführerschaft in einer verfassungsfeindlichen Vereinigung, Geheimbündelei in staatsgefährdender Absicht, Urkundenfälschung und Vergehen gegen das Sprengstoffgesetz.

In der Urteilsbegründung führte Bundesrichter Weber aus, obwohl die Angeklagten nur Propaganda betrieben hätten, könne ihre Tat nicht als Bagatelle angesehen werden, da sich heute nun einmal die staatsfeindlichen Bestrebungen auf Papier stützen. „Die Zeit der Barrikaden ist vorbei“, meinte Dr. Weber. Der Senat denke nicht daran, von den Verurteilten einen grundsätzlichen Gesinnungswandel zu fordern, doch sollten sie sich in Zukunft nur an die Gesetze halten.

Zuvor hatte Senatsvorsitzender Dr. Weber erklärt, die KPD sei verboten worden, weil sie die freiheitliche demokratische Ordnung beseitigen und eine Diktatur der Minderheit über die Mehrheit errichten wolle. Die KPD sei auch keine eigene Partei, sondern lediglich ein Anhängsel der SED. Wenn die Kommunisten von Wiedervereinigung und Frieden sprächen, so tarnten sie damit nur ihre Ziele. Die Bevölkerung der Bundesrepublik, sagte Dr. Weber, habe sich aber als immun gegen die kommunistische Ideologie erwiesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2

Rote Schalmeien locken nach Wien

Ende Juli „Weltjugendfestspiele“ — Hamburger Studenten rühren die Werbetrommel

Berlin (Eigenbericht). Am 26. Juli wird wieder das große Gaukelspiel angehen, das unter der offiziellen Bezeichnung „VII. Weltfestspiele der Jugend und Studenten für Frieden und Freundschaft“ schon seit zwölf Jahren zum eisernen Bestand kommunistischer Verführungskunst gehört. Mit lautstarker Propaganda werden dazu Jugendliche aller Alters- und Berufsgruppen aus allen Teilen der Welt angelockt, um die Größe und Zukunftsträchtigkeit der kommunistischen Ideologie und zugleich die Macht kommunistischer Staaten sinnfällig zu unterstreichen.

In der massiven Werbung für die „Weltjugendfestspiele“ finden die großen Worte „Friede und Freundschaft“ ebensowenig wie die offenbar reichlich, aber mit Bedacht gesteuerten materiellen Mittel. Die Sowjetunion stellte in diesem Jahr fast 17 Mill. DM zur Verfügung. Hinzu kommen namhafte Beiträge der Satellitenregierungen. Die Veranstalter haben sich diesmal die österreichische Hauptstadt Wien als Ort für das Festival gewählt. Die österreichische Regierung hat trotz erheblicher Bedenken die Genehmigung erteilt. Kein Zweifel, daß man in Moskau, von wo die Spiele nach wie vor gelenkt werden, die durch den Friedensvertrag von 1955 zugesicherte Neutralität des Landes auf die Probe stellen will. Den Kommunisten ist es nun erstmals gelungen, auch außerhalb des kommunistischen Staatenblocks mit den Festspielen Fuß zu fassen und auf diese Weise die ideologische Offensive in den Raum der Neutralen und Neutralisten, der Indifferenten, Gottgläubigen und politisch Unbestimmten vorzutragen.

„Kontaktstellen“

Die Jugend der Bundesrepublik hat sich bisher relativ wenig auffällig gegenüber den Sirengesängen der Weltjugendfestspiele gezeigt. Freilich sind noch in jedem Jahr kleinere Gruppen politisch weit links stehender Jugendverbände — seien es die Falken, die sozialistischen Studenten, die sogenannten „Naturfreunde“, oder verschiedene pazifistische Splittergruppen — dem Ruf aus Moskau gefolgt.

Mehr denn je hat in diesem Jahr der Ort der Veranstaltung die nationalen und internationalen Jugendverbände vor die

Entscheidung gestellt, ob sie die Festspiele besuchen sollten. Inzwischen haben sich die österreichischen Jugendverbände aller politischen Schattierungen außer den Kommunisten zu einer großangelegten Aufklärungskampagne gegenüber den größtenteils naiven und falsch oder unzureichend orientierten Festival-Teilnehmern entschlossen. Man ist dabei, Kontaktstellen einzurichten und hat bereits ein eigenes Informationsprogramm aufgebaut. Zur Teilnahme an diesen Veranstaltungen wurden die Jugendverbände der freien Welt eingeladen. Eine Reihe deutscher Verbände hat ihre Unterstützung zugesagt. Um so erstaunlicher, daß einige Gruppen sich dennoch zu einer direkten Annahme der Einladung des Festival-Komitees entschlossen haben, so z. B. der internationale Verband liberaler Studenten, so die Deutsche evangelische Studenten-Gemeinde.

Scharfe SPD-Kritik

Nicht verwundern aber kann die massive Propaganda für die Weltjugendfestspiele von seiten der linkssozialistischen Hamburger Studentengruppe um die Zeitschrift „Konkret“. Die Zuträgerdienste, die von dieser Gruppe den Kommunisten geleistet werden, haben bereits vor längerer Zeit den SPD-Vorstand zu einer scharfen Kritik veranlaßt. Die SPD-Führung ist inzwischen so weit gegangen, die Mitarbeit an der Zeitung „Konkret“ für SPD-Mitglieder bei Androhung des Parteiausschlusses zu verbieten.

Was „Konkret“ und sein Redaktionsstab für die Kommunisten leisten, verdient freilich Beachtung. In der Juniarausgabe befaßte sich die Zeitung in einem umfangreichen Artikel

mit der Vorbereitung der 7. Weltjugendfestspiele. Der Verfasser des Artikels bemüht sich, den Nachweis zu erbringen, daß die Spiele keine „rein kommunistische“ Angelegenheit seien. Wörtlich heißt es darin: „Es ist nun vielleicht ein Streitpunkt, ob das Festival rein kommunistisch oder nur zum Teil kommunistisch ist — daß es geradezu antikommunistisch werden soll, ist ein besonders origineller Einfall von Österreichs Sozialisten: Weltjugendfestspiele als eine Art Demonstration des „kalten Krieges“. Mit dieser offenerzigen Erläuterung wurde die Katze aus dem Sack gelassen: „Kommunistisch“ heißt in dieser Sprache, für „Frieden und Freundschaft“ sein; antikommunistisch bedeutet dagegen, für „kalten Krieg“ zu plädieren.

Unverfroren

Es erscheint notwendig, die breite Öffentlichkeit auf die unverfrorene prokommunistische Zuträgerarbeit der „Konkret“-Gruppe hinzuweisen. Schließlich genießen diese jungen Leute das Vorrecht, an einer westdeutschen Hochschule in geistiger Freiheit und politischer Unabhängigkeit studieren zu können. Das bedeutet auch, daß für jeden von ihnen in Hamburg jährlich 3000 DM aus öffentlichen Mitteln aufgebracht werden. Der westdeutsche Steuerzahler liefert damit sein sauer erarbeitetes Geld zur Unterstützung und Ausbildung von Leuten, die den Staat mehr oder weniger bewußt unterminieren und mithilfe, ihn der kommunistischen Willkürherrschaft auszuliefern.

Kann es sich die junge westdeutsche Demokratie leisten, eindeutig kommunistische Agitatoren geistig und materiell zu unterstützen zu einem Zeitpunkt, da täglich mehr als 200 deutsche Menschen ihre Angehörigen, ihre Heimat, ihr Hab und Gut im Stich lassen, um der kommunistischen Terrorherrschaft zu weichen? Die Grenzen des freiheitlichen Prinzips der Demokratie scheinen uns da gesetzt, wo ihre Lebensrechte gefährdet werden,

Sozialisten: Festhalten an Berlin!

Hamburger Kongreß erzielte keine Einigung über Atomrüstung und Disengagement

Hamburg (dpa/upi). Mit einem eindringlichen Appell an die Weltmächte, den „kalten Krieg“ durch eine Gipfelkonferenz zu beenden, schloß der 6. Kongreß der Sozialistischen Internationale seine Tagung in Hamburg. In einer einstimmig angenommenen Resolution forderten die sozialistischen Parteien das Festhalten des Westens an Berlin. Sie betonten, daß nur eine Dauerlösung innerhalb eines demokratischen wiedervereinigten Deutschlands und ein vom Rüstungswetlauf befreites Europa die Zukunft Berlins sichern könne. Der Kongreß erteilte mit scharfen Worten dem Kommunismus eine Absage, weil von ihm die „Unterdrückung“ in der Welt ausgehe.

Keine Einigung erzielten die Teilnehmer der Sozialistischen Internationale über die Frage, wie die Atomrüstung gebannt und ein militärisches Disengagement erreicht werden könne. In der Resolution stehen sich der von den deutschen Sozialdemokraten unterstützte Vorschlag der britischen Labourpartei zur Bildung eines „Atomlosen Klubs“ und das Verlangen der französischen Sozialisten nach einem befristeten Atomabkommen gegenüber. Während die Labourpartei ein Abkommen über den allgemeinen Verzicht auf Atomwaffen mit Ausnahme der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion wünscht, bestehen die Franzosen darauf, daß ein auf zwei Jahre befristetes Abkommen über die Beendigung der Kernwaffenversuche den einzelnen Ländern die volle Handlungsfreiheit zugestehen soll, falls in der Zwischenzeit kein Abkommen über die allgemeine Kernwaffenkontrolle erzielt werden könne.

Der Kongreß sprach sich zum Abschluß seiner fünftägigen Sitzung gegen „alle Formen der

Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und gegen alle Formen kolonialistischer und kapitalistischer Unterdrückung“ aus. Ein Vorschlag der griechischen Sozialisten, die Haltung Frankreichs im Algerien-Konflikt besonders zu verurteilen, stieß auf den Widerstand der französischen Sozialisten und wurde fallengelassen. Weiter wurde gefordert, daß den Entwicklungsländern alle nur denkbare Hilfe im Weltmaßstab zuteil werde. Die in-

dustrialisierten Länder sollten wenigstens ein Prozent ihres Nationaleinkommens für die Entwicklungsländer frei machen.

Für Freihandelszone

Zur europäischen Zusammenarbeit erklärte der Kongreß, es sei notwendig, rasch eine europäische Freihandelszone zu bilden. Ziel der europäischen Zusammenarbeit dürfe nicht die Bildung einer geschlossenen Koalition sein, sondern im Mittelpunkt müsse der Gedanke stehen, mit nichteuropäischen Ländern auf der Grundlage der Gleichberechtigung wirtschaftlich, sozial und politisch zusammenzuarbeiten.

In weiteren Resolutionen verurteilt der Kongreß die Haltung des Franco-Regimes und sprach sich gegen eine Aufnahme Spaniens in das westliche Bündnisssystem aus. Der Suezkanal müsse allen Staaten, einschließlich Israels, zur Benutzung freistehen.

„Agententreffs“ auf Trümmern

Ostberliner Zeitung erlief Straßen, Telefonnummern und Namen

Berlin (dpa). Das Polizeipräsidium in Westberlin hat eine Liste angeblicher Verschwörer- und Agentenwohnungen überprüft, die Anfang Juni von der Ostberliner Presse veröffentlicht worden war. Dabei hat sich folgendes ergeben:

Von 343 Wohnungsadressen stimmten lediglich 45. In den übrigen Fällen wurden die Wohnungen von anderen Personen bewohnt, oder die Genannten waren polizeilich nicht gemeldet, verstorben oder verzogen. Viele Anschriften existierten überhaupt nicht, 23 von den genannten 86 Dienststellen und sogenannten Trefflokale waren ebenfalls nicht vorhanden. Vielfach waren es Ruinenreste und Lagerplätze. Die restlichen 63 waren alliierte Dienststellen oder Haushaltungen

und allgemein bekannte deutsche Behörden.

Von den 235 Telefonanschlüssen angeblicher Agenten waren 83 Anschlüsse im Fernsprechnetzverzeichnis überhaupt nicht aufgeführt. Die angegebenen Anschriften waren vielfach falsch. 144 Anschlüsse gehörten alliierten Dienststellen und Haushaltungen oder deutschen Behörden und Organisationen.

Die „Berliner Zeitung“ hatte unter anderen als angebliche Agentenzentrale ein Gebäude in der Podbielskiallee genannt. Dieses Haus ist jedoch der Sitz der tschechoslowakischen Militärmission. Die Ostberliner Zeitung hatte sich für die Echtheit der Adressen verbürgt und gefordert: „Diese Dokumente gehören auf den Verhandlungstisch in Genf.“

Adenauer nach Rhodos

Bonn (dpa). Bundeskanzler Adenauer wird im nächsten Jahr seinen Urlaub auf der griechischen Insel Rhodos verbringen. Er hat eine entsprechende Einladung des griechischen Ministerpräsidenten Karamanlis angenommen. Ein Termin liegt jedoch noch nicht fest.

Der Aufstand des Gewissens

Gerhard Ritter deutet, was vor 15 Jahren in Deutschland geschah

Am 20. Juli jährte sich zum 15. Male der Tag des Aufstands gegen Hitler. Die Bombe des Obersten von Stauffenberg sollte nach zweimaligem, vergeblichem Anlauf Deutschland von seinem Tyrannen befreien. Der Kreis der Verschwörer war größer, als man bei dem riesigen und bis ins letzte organisierten Polizei- und Abwehrapparat des totalitären Systems erwarten konnte. Er umfaßte führende Kreise der Wehrmacht, er hatte starke Stützen in der Zivilbevölkerung. Die Bewegung reichte von links über evangelische und katholische Kreise bis nach rechts. Neben dem ehemaligen Oberbürgermeister von Leipzig, Carl Friedrich Goerdeler, waren es, um nur einige Namen zu nennen: Leber, Leuschner, Jakob Kaiser, Wirmer, Graf Moltke. Nur wenige konnten den Häschern entkommen. Goerdeler ist als einer der letzten Verschwörer am 2. Februar 1945 von der Nazi-Justiz hingerichtet worden. Fünf Monate hat er nach dem „Urteilsspruch“ des Volksgerichtshofes vom 8. September 1944 den Tod vor Augen gehabt. Am 31. Juli wäre er in diesem Jahr 75 Jahre alt geworden. Aus dem Werk Professor Gerhard Ritters, der gleichfalls zum Kreis der Widerstandskämpfer gehörte, veröffentlichen wir nachstehende Auszüge („Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung“, Deutsche Verlags-Anstalt Stuttgart 1956).

Die Geschichte der Widerstandsbewegung ist die Geschichte eines gescheiterten Unternehmens. Sie scheiterte letztlich deshalb, weil ihr keine politische Macht zu Hilfe kam, weder von außen noch von innen. Sie blieb ein reiner Aufstand des Gewissens. Eine politische Volksbewegung von revolutionärer Stoßkraft für ihre Ziele zu organisieren, erwies sich unter dem System totalitärer Zwangsherrschaft als unmöglich; und von den Regierungen des Auslands ließ sich — trotz alles Bemühens — nicht einmal ein Versprechen für die Zukunft erreichen, seit der Krieg auch im Westen mit voller Wucht und Leidenschaft entbrannt war. Die politischen Ideale dieser Bewegung, am reinsten und umfassendsten von Carl Goerdeler vertreten, haben sich seither als gesund und zukunftsträchtig erwiesen, sowohl für Deutschland wie für Europa und die Welt.

Weitsicht der Staatsmänner fehlte

Aber es bestätigte sich auch die uralte geschichtliche Erfahrung, daß politische Ideale ohnmächtig bleiben in der Welt der ewigen Interessenkämpfe, die das Bild der politischen Wirklichkeit bestimmen, sofern ihnen nicht sehr starke, unmittelbar greifbare, allen einleuchtende tagespolitische Interessen zu

Hilfe kommen. Die Masse des deutschen Volkes hat erst dann begriffen, daß die Machtpolitik Adolf Hitlers nicht auf eine neue Höhe politischen Glanzes, sondern in den Abgrund führte, als dieser Abgrund schon ganz nahe war. Es ist wenig wahrscheinlich, daß irgendein anderes Volk in seiner Masse dem ebenso verführerischen wie trügerischen Glanz politischer und militärischer Triumphe besser verstanden hätte. Und wenn Goerdeler seine Hoffnung auf die politische Vernunft und Weitsicht ausländischer Staatsmänner setzte, so blieb auch hier die Enttäuschung nicht aus. Auch in den Machtzentralen des Westens regierte nicht die reine Staatsweisheit, sondern — sagen wir es rund heraus — der „Militarismus“, d. h. verkrampfter, rein tagespolitischer Kampf- und Vernichtungswille, dem die Zukunft verschleiert blieb.

Resignation

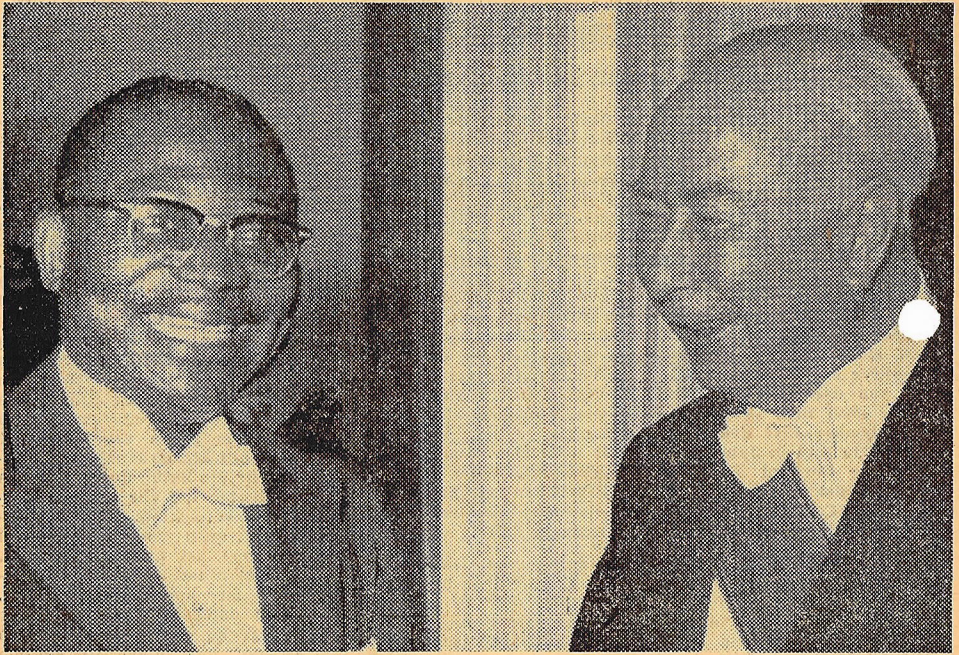
Denn so ist nun einmal die Welt der großen Politik beschaffen, daß in ihr die reinen Idealisten zu scheitern pflegen. Man kann das tragisch nennen. Zuletzt ist aber nur ein Stück von jener Erfahrung kreatürlicher Unzulänglichkeit, hilflosen Verstricktseins in Schuld und Schicksal auch beim besten Willen, welche die Menschheit immer wieder an sich selber macht und die, von spärlichen

Triumphen des Geistes unterbrochen, den Inhalt der Weltgeschichte ausmacht.

Zwingt uns das zu trüber Resignation? Sind wir genötigt, Carl Goerdeler und seine politischen Freunde als reine Utopisten gleichsam abzuschreiben, als Männer, denen die echte Dämonie des Machtwillens und politischen Kämpfertums fehlte und deren Lebenskampf darum zuletzt geschichtlich belanglos blieb? Wem die Weltgeschichte als ein beständiges Ringen des Guten mit dem Bösen, Gottes mit dem Satan erscheint, der kann auf keinen einzigen Kämpfer für die Sache des Guten, am wenigsten auf die echten Idealisten verzichten. Ihr Lebenskampf, auch wenn er äußerlich scheitert, ist niemals umsonst. Scheitern ist Menschenlos; Erfolg ist keinem zugesichert. Aber daß gekämpft wird für die Sache des Guten auf jede Gefahr hin, auch in solchen Lagen, die dem Weltklugen als völlig aussichtslos erscheinen, einfach aus dem trotzigen „Dennoch“ des Pflichtbewußtseins — darauf kommt zuletzt alles an. Wo es an solchem Kämpfertum fehlt, das nach dem eigenen Leben nicht mehr fragt und das kein „Aussichtslos“ gelten läßt — da hat der Satan sein Spiel endgültig gewonnen.

Wir Deutschen haben sehr viel Anlaß, uns unserer jüngsten Vergangenheit zu schämen. Wir sollten uns auch hüten, die Männer der deutschen Widerstandsbewegung zu Heiligen oder zu „Helden“ zu machen. Auch sie waren Menschen mit Unzulänglichkeiten der Einsicht und des Willens, auch von Regungen der Selbstsucht so wenig frei wie alle Kreatur. Dennoch bleibt es ermutigend, daß es in unserem Volk einen solchen Aufstand des Gewissens gegeben hat — einen Aufstand aus echter, sittlicher Empörung gegen den Triumph der Macht — der Macht des Bösen, aber ohne Rücksicht auf die sogenannten „nationalen Interessen“.

Gibt es in der neueren Geschichte Europas ein zweites Beispiel dieser Art?



BILDER DER WOCHE. Oben: Der erste Botschafter Ghanas, Owusu Asare, überreichte Bundespräsident Heuss in der Villa Hammerschmidt sein Beglaubigungsschreiben. — Unten: Lang anhaltende wolkenbruchartige Regenfälle haben Österreich heimgesucht. Bei Vöcklabruck unterspülten die Wassermassen einen Bahndamm.

